

FACHAUSSCHUSS XI MOBILITÄT DER SPD BERLIN

Einstimmig beschlossen in der FA-Sitzung am 1.3.2023

Mobilitätspolitik in Berlin – nachhaltig und sozialdemokratisch gestalten

- **Oberziele:**
 - Umweltverbund stärken, Klimaziele im Verkehr einhalten
 - Politik für alle Mobilitätsnutzer*innen machen.
 - Mobilitätsgesetz fortführen und vollenden
 - Für Bundesnovelle des Straßenverkehrsgesetzes einsetzen – CDU Berlin soll zusichern, dass die Berliner Bundesratsvertreter:innen diese Reform im Bundesrat nicht blockieren.
- **Beanspruchung des Mobilitätsressorts in einer Koalition mit der CDU:**
 - In einer Koalition mit der CDU übernimmt die SPD das Mobilitätsressort und stellt eine zukunftsorientierte Mobilitätspolitik sicher.
 - Vertreter des FA-Vorstands sind Teil der Verhandlungsdelegation für den Koalitionsvertrag mit der CDU Berlin.
- **A 100 beenden:**
 - Statt eines Weiterbaus: Mobilitäts-Alternativen entwickeln.
 - Am Treptower Park wird ein qualifizierter Abschluss der A100 geschaffen. Die Zuständigkeiten zwischen Bund und Land sind zu klären – ein gegenseitiges Zuweisen von Zuständigkeit ist auszuschließen. Die Verkehrslenkungsmaßnahmen der Autobahn GmbH des Bundes ab 2024 sind einzubeziehen.
 - Bei der Bedarfsplanüberprüfung des Bundesverkehrswegeplans 2023 wird die Einhaltung des Klimaschutzgesetzes eingefordert und ein Weiterbau der A100 gestrichen.
- **Stadt-Umland-Beziehung:**
 - i2030 priorisieren und beschleunigt umsetzen.
 - Ostbahn (Ostkreuz nach Küstrin-Kietz) ausbauen und elektrifizieren.
 - Verbindung nach Breslau (Kulturzug) aufrechterhalten, um die Verständigung zwischen Deutschland und Polen fortzusetzen. Hier müssen die Entscheidungen innerhalb der ersten ein bis zwei Jahren gefällt und die Finanzierung geklärt werden.
 - Alle verkehrspolitischen Vorplanungen künftig mit Brandenburg abstimmen und gemeinsam finanzieren.
- **ÖPNV-Infrastruktur-Investitions-Offensive:**
 - Investitionsoffensive in die Schienen-, Radverkehrs- und Fußverkehrsinfrastruktur notwendig, um der wachsenden Stadt Rechnung zu tragen.
 - Infrastrukturplanung: Grundsätzlich Erhalt des Bestands vor Neubau.
 - Neue Infrastruktur dann, wenn die Anbindung der Außenbezirke und der Metropolregion aufgrund der Siedlungsentwicklung notwendig ist (ergebnisoffene Verkehrsmittel-Wahl). Siedlungsentwicklung zeitlich eng mit der Mobilitätsplanung verknüpfen und autoarmes Wohnen ermöglichen.
 - Bereits angelaufene Fortschreibung des Nahverkehrsplans abgestimmt mit Brandenburg vollenden.
 - Stadtentwicklungsplan Mobilität und Verkehr in der Legislaturperiode fortschreiben und einen Maßnahmenplan entwickeln.
 - Barrierefreie Mobilität umfassend gewährleisten.

- **Rad- und Fußverkehr aufwerten:**
 - Wirkung der autogerechten Stadt entschärfen (z.B. Bundesplatz und Bundesallee; Breitenbachplatz und Abzweig Steglitz/ Autobahnzubringer Schmargendorf).
 - Flächengerechtigkeit und Neuverteilung des öffentlichen Raums für Verkehr (flächendeckend, ortsverträglich und möglichst mit Angebotsverbesserung Umweltverbund).
 - Zügiger Ausbau des Radverkehrsnetzes.
- **Güter- und Wirtschaftsverkehre klimafreundlich regeln:**
 - Entlastung der Straße
 - Stärkung von Schienen und Wasserstraße
- **Neue Formen der Mobilitätsformen:**
 - Ausbau von Jelbi (Stadtweite Einrichtung von Jelbi-Punkten und - Stationen inklusive deren Finanzierung), alternative Mobilität flächendeckend in die ganze Stadt bringen.
 - Reglementierung des Abstellens von Sharing im Verkehrsraum (ortsgebunden etc.) und ordnungsrechtlich konsequente Durchsetzung.
- **Parkraumbewirtschaftung im S-Bahn-Innenring ausdehnen:**
 - als Alternative zur City-Maut und wichtige Voraussetzung um die Einwohner vor Berufspendlern und Dauerparken zu schützen, die Vorgaben des Luftreinhalteplans einzuhalten und Lärmbelastung zu reduzieren.
 - ordnungsrechtlich konsequente Durchsetzung.
- **Offene Daten:**
 - Daten im Bereich Mobilität (anonymisierte Verfügbarmachung für Öffentlichkeit und Wissenschaft) für alle zugänglich machen.
 - Kommunale Datenquellen sind vielfältig und fallen in unterschiedlichen Fachbereichen an. Informationen über die aktuelle Parkauslastung können beispielsweise über ein Parkleitsystem oder auch über weitere Parkierungseinrichtungen, teilweise in Echtzeit, ermittelt werden. Daten müssen fachübergreifend verfügbar sein und in Datenpools gesammelt werden.
 - Anbieter, die auf den Markt kommen, dazu verpflichtet, ihre Daten zur Verfügung zu stellen.